



Für Datenschutz kann jeder selbst etwas tun und Google ist der falsche Feind

Ulrike Langer, Medien- und Marketingjournalistin, medialdigital.de

Wer sich im Netz bewegt, produziert zwangsläufig Daten — da hilft kein Lamentieren, das ist Fakt. Aber für den Schutz unserer persönlichen Daten und unserer Reputation im Netz können wir selbst eine Menge tun. Dafür müssen wir gar nicht nach immer neuen Gesetzen rufen. Wer ein Profil bei einem Netzwerk wie Facebook, StudiVZ und Co. hat, sollte sich unbedingt die Zeit nehmen, die Datenschutzeinstellungen seiner Seiten zu überprüfen. Bei Facebook sind beispielsweise inzwischen viele Daten per se einsehbar, wenn man als Nutzer nicht aktiv per Filter diese Freigaben abschaltet. Außerdem lohnt es sich, bei Freundschaftsanfragen lieber auch mal "nein" zu sagen. Ein Netzwerk mit echten Freunden und richtigen Kontakten aufzubauen sollte wichtiger sein, als möglichst viele "Fans", "Friends" oder "Follower" als reines Statussymbol vorweisen zu können. Denn jemanden bei Facebook und Co. Eintritt zu gewähren, den man überhaupt nicht kennt, birgt Risiken. Einem völlig Fremden würde man schließlich auch nicht in der U-Bahn seine Urlaubsfotos zeigen oder erzählen, ob man "Fan" der SPD ist oder morgens gerne die erste Schulstunde schwänzt.

In den Kommentarspalten von Foren, Blogs oder Nachrichtenportalen kann man ebenfalls viel für den Schutz seiner Online-Reputation tun. Eine simple Maßnahme, die dabei helfen kann: Meinung auf Blogs, in Foren oder in den Kommentarspalten von Nachrichtenportalen wenn möglich unter dem eigenen Namen äußern. Das hat für beide Seiten Vorteile. Erstens für den Adressaten eventueller Kritik. Man wägt auf diese Weise genauer ab, was man eigentlich sagen möchte, ob das Gesagte missverständlich sein könnte und ob es nicht auch einen freundlicheren Ausdruck dafür gibt. Zweitens: Wer nächste Woche oder nächstes Jahr noch zu seinen Äußerungen stehen kann, braucht sich auch keine

Ulrike Langer

ist freie Medien- und Marketingjournalistin in Köln. Sie beschäftigt sich vor allem mit den Chancen, Bedingungen und Auswirkungen des digitalen Medienwandels für Medien, Marketing und den Journalismus. Zu ihren Auftraggebern gehören u.a. die Fachmagazine für medium, W&V Media und Horizont.

Ulrike Langer betreibt das Fachblog medialdigital.de. Sie ist Fellow (ehemalige Stipendiatin) des deutsch-amerikanischen Journalisten-Austauschprogramms Arthur-F.-Burns.



Sorgen zu machen, ob nicht doch jemand den Schutzmantel der Anonymität wegreißen könnte. Denn worüber sich viele Kommentar-Rüpel und Schmähkritiker keine Gedanken machen: Webseitenbetreiber können über E-Mail- und IP-Adressen eine Menge über den Absender herausfinden.

Für überzogen halte ich die europäische Angst vor der "Datenkrake" Google. Es passt einfach nicht zusammen, wenn immer mehr Webnutzer wie selbstverständlich immer mehr kostenfreie Google-Dienste nutzen wollen (Googlemail, Google-Suche, Google-Maps etc.), sich gleichzeitig aber darüber beschweren, dass Google dadurch immer mehr Daten sammelt, um sie seinen Werbekunden zum Einblenden möglichst individuell passender Werbung zur Verfügung zu stellen. Das ist Googles Geschäftsmodell. Und noch hat niemand Google einen Missbrauch der gesammelten Daten nachgewiesen. Wem bei soviel Daten in der Hand eines einzigen Anbieters unbehaglich ist, der sollte öfters mal auf Alternativen ausweichen. Es gibt zu jedem Dienst von Google Alternativen. Die Google-Suche hat pikanterweise hierzulande einen Marktanteil von 90 Prozent, mehr als in fast jedem anderem Land der Welt. Dabei ist die Microsoft-Suche Bing Google in Teilen überlegen, freie Webmaildienste gibt es auch von



GMX oder Hotmail und OpenStreetmap ist eine frei editierbare Landkarte der gesamten Welt.

Mehr Sorge als von Google ausgespielte personalisierte Werbung bereiten mir die Datenskandale der jüngsten Zeit (z.B. vertrauliche Kundendaten der Telekom im Besitz von Adresshändlern, Datendiebstahl bei Kreditkartendienstleistern) oder das Gebaren der Bundesregierung in puncto Datenschutz im Netz. Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung (totale Überwachung des elektronischen Datenverkehrs) ist schon seit zwei Jahren in Kraft. Das Blockieren von Webseiten mit Stoppschildern — ein Vorschlag der Ex-Familienministerin zur Eindämmung der Kinderpornografie im Netz — ist zumindest auf Eis gelegt. Doch schon kommt der nächste zweifelhafte Vorschlag: Der aktuelle Entwurf zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Darin wird allen Ernstes von allen "Anbietern" (Access-Provider, Webhoster und Inhalteanbieter werden hier in einen Topf geworfen) eine Klassifizierung ihrer Inhalte nach Altersstufen gefordert. Und außerdem eine Abschaltung von Seiten, welche als nicht "jugendfrei" klassifiziert werden, zu Zeiten, in denen sich Jugendliche im Netz bewegen. Also eigentlich immer, außer vielleicht zwischen 2 Uhr nachts und 6 Uhr morgens. Doch wer kontrolliert die Kontrolleure? Wer soll entscheiden, ob eine Seite mit einem Stoppschild versehen oder zeitlich beschränkt werden muss? Und nach welchen juristisch standhaltenden Kriterien? Es gibt Daten, welche der Staat legitimerweise sammeln darf und muss, um seinen hoheitlichen Aufgaben nachzukommen — zum Beispiel Steuerdaten. Doch wo beginnt die vorsorgliche Datensammelwut, wo beginnt ein totalitärer Überwachungsstaat? Mehr Bewusstsein für solche Fragen zu wecken, halte ich für ebenso wichtig wie Anleitungen zum persönlichen Datenschutz.